

Schutzschirm für die Menschen Arbeitsplätze sichern statt Zocker freikaufen Antikrisenprogramm der LINKEN

Die schwerste kapitalistische Wirtschafts- und Finanzkrise seit den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts hält die Welt in Atem. Mit billionenschweren Bürgschaften und Kapital-spritzen sowie mit Ausgabeprogrammen und Steuersenkungen versucht die herrschende Politik, die wirtschaftliche Depression zu mildern und einen Kollaps des Finanzsystems zu verhindern. Die Wirtschaftseliten, die jahrelang schamlos von entfesselten Märkten profitierten, rufen heute nach dem Staat, weil allein die Flutung der Wirtschaft mit öffentlichem Geld ihre Einkommen, ihr Eigentum und ihre Vermögen noch sichern kann.

Millionen Menschen fürchten um ihren Arbeitsplatz, ihre Ersparnisse und ihre Zukunft. Sie erwarten zu Recht, dass der Staat Einfluss auf die Wirtschaft nimmt. Die entscheidende Frage ist längst nicht mehr, *ob* die öffentliche Hand sich wirtschaftlich engagiert, sondern in wessen Interesse, mit welchen Zielen und auf wessen Kosten dies geschieht.

Die aktuelle Krise ist die Krise einer Wirtschaftsordnung, die allein für den Profit und nicht für den Bedarf produziert. Wirtschaftskonzerne, die selbst im Aufschwung Löhne drücken, Stellen vernichten sowie Investitionen und Forschungsausgaben reduzieren, um ihren Anteilseignern möglichst hohe Summen auszuschütten, verringern das wirtschaftliche Wachstum und den verteilbaren Reichtum. Ein Finanzsystem, das auf der Jagd nach Maximalrenditen Billionen in spekulative Schneeballsysteme versenkt statt reale Investitionen zu finanzieren, erfüllt seine volkswirtschaftliche Funktion nicht mehr.

Der heutige Kapitalismus ist nicht nur sozial ungerecht, Natur verschleißend und ein Motor der Klimakatastrophe. Er ist auch wirtschaftsfeindlich. Er zerstört die Mittelschichten und bewirkt eine extreme Einkommenskonzentration bei den Reichsten, die die Finanzmärkte aufbläht und die Nachfrage auf den Gütermärkten stranguliert. Der Kapitalismus führt dadurch zu einer systematischen Fehlsteuerung der Wirtschaft, zum Aufbau riesiger Überkapazitäten und zu einer gravierenden Unterversorgung. Außerdem entstehen bedrohliche globale Ungleichgewichte. Im Ergebnis führt dies zu einer massiven Zerstörung von Produktion und Produktivität, von Arbeitsplätzen und Wohlstand, von Innovation und Kreativität.

Die neoliberale Politik hat dem Kapitalismus in den zurückliegenden Jahrzehnten durch Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung immer hemmungsloser Bahn gebrochen und damit die Wurzeln für die gegenwärtige Katastrophe gelegt. Die wirtschaftliche Krise ist nicht nur eine Konjunkturkrise, sondern eine strukturelle Krise des Exportmodells Deutschland. Dies ist zurückzuführen auf gewaltige Überkapazitäten im Bereich der Exportindustrie, gewaltige Defizite im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastruktur sowie der öffentlichen Dienstleistungen.

Heute versuchen die Herrschenden, durch Sozialisierung der Verluste eben dieses Wirtschaftsmodell mit sehr viel Steuergeld über die Krise zu retten. Die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger soll jetzt die Rechnung für

eine Party zahlen, bei der sie noch nicht einmal als Gäste geladen waren. Nur damit die oberen Zehntausend möglichst bald die nächste Party feiern können, von der die Beschäftigten, die Rentner, viele kleine Unternehmer und erst recht die Arbeitslosen erneut ausgeschlossen bleiben. Es ist Zeit für echte Alternativen. Wer die aktuelle Krise überwinden will, muss einerseits über Sofortmaßnahmen die notwendige Reorganisation der Ökonomie und Finanzsphäre in Gang setzen und zugleich Schritte einleiten, die das bestehende kapitalistische Wirtschaftsmodell in Frage stellen.

Ein Antikrisenprogramm, das die wirtschaftliche Talfahrt wirksam stoppt, Arbeitsplätze sichert und zugleich verhindert, dass die Allgemeinheit auf Jahrzehnte mit den billionenschweren Folgekosten der geplatzten Spekulationsblase belastet wird, ist möglich und machbar. Die LINKE fordert folgende Schritte gegen die Krise, die zugleich den Weg in eine neue wirtschaftliche Ordnung, in der alle an Wachstum und Wohlstand teilhaben, eröffnen können.

1. Millionäre zur Kasse – für ein gerechtes Steuersystem

- Für die LINKE ist klar: Wir zahlen nicht für Eure Krise. Bezahlen sollen dafür jene, die die vorangegangenen Spekulationen verantwortet und von ihr profitiert haben. Die LINKE fordert daher die Einführung einer Millionärsteuer, die Privatvermögen oberhalb 1 Million Euro in Höhe von mindestens 5 Prozent zur Kasse bittet. Selbst bei diesem niedrigen Prozentsatz würde eine solche Millionärsteuer 80 Milliarden Euro pro Jahr an zusätzlichen Einnahmen bringen.
- Außerdem fordert die LINKE eine erheblich höhere Besteuerung großer Unternehmen, eine deutliche Erhöhung der Erbschaftsteuern auf große Vermögen sowie höhere Steuern auf Einkommen jenseits des heutigen Spitzensteuersatzes bei gleichzeitiger Entlastung von Geringverdienern. Zudem müssen Kapitaleinkommen künftig wieder zum persönlichen Steuersatz versteuert werden statt mit einer pauschalen Abgeltungsteuer von nur 25 Prozent. Überfällig ist die Besteuerung von Finanztransaktionen, die nicht nur zum Steuer-

aufkommen beitragen, sondern zugleich den Finanzmarkt stabilisieren würde.

- Ein so erneuertes Steuersystem wird pro Jahr insgesamt 160 Milliarden Euro an zusätzlichen Einnahmen sichern und zugleich zu einem Ausgleich der Einkommensunterschiede und einer Umverteilung der Vermögen von oben nach unten beitragen.

2. Zukunftsprogramm für mehr als zwei Millionen Arbeitsplätze

- Die neoliberale Kürzungs- und Privatisierungspolitik der letzten Jahre hat in vielen Bereichen zu einer massiven Unterversorgung geführt. Rekommunalisierung der Daseinsvorsorge, die Überwindung des öffentlichen Investitionsstaus und ein Ausbau öffentlicher Beschäftigung sind überfällig. Dass in einem reichen Land wie Deutschland Straßen verrotten, Schulfassaden bröckeln und kommunale Bibliotheken oder Schwimmbäder aus Geldmangel geschlossen werden, ist eine Schande. Das Konjunkturprogramm der Regierung, das für zwei Jahre zusätzliche öffentliche Investitionen von je neun Milliarden Euro vorsieht und eine Ausweitung öffentlicher Beschäftigung ausklammert, ist völlig unzureichend.
- Die LINKE fordert ein staatliches Zukunftsprogramm in Höhe von 100 Milliarden Euro pro Jahr zur Bekämpfung der Krise. Die Schwerpunkte sind Klimaschutz, Infrastruktur, Verkehr, Bildung und Gesundheit. Mehr als zwei Millionen zusätzliche, tariflich bezahlte Arbeitsplätze werden so geschaffen. Davon allein eine Million Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst für Erziehung und Bildung, Pflege und Gesundheit und weitere wichtige Bereiche der Daseinsvorsorge.
- Zusätzlich fordert die LINKE den Ausbau der öffentlich geförderten Arbeit um 500.000 längerfristig angelegte Arbeitsplätze mit existenzsichernden Einkommen in wichtigen gesellschaftlichen Bedarfsbereichen.
- Die Politik der Entstaatlichung, Liberalisierung und bedingungslosen Wettbewerbsorientierung ist rückgängig zu machen. Menschliche Grundbedürfnisse wie Wohnen, Bildung und Gesundheit müssen für jeden Menschen unabhängig von seinem Geldbeutel gewährleistet werden. Das Gleiche gilt für den Zugang zu Wasser, Energie, Transport- und Kommunika-

tionsdiensten. Das entsprechende Angebot preisgünstig und in hoher Qualität zu sichern, ist eine öffentliche Aufgabe und kann nur von öffentlichen, nicht-profitorientierten Unternehmen wahrgenommen werden.

3. Zukunftsfähige Industrien statt Massenentlassungen

- Viele produktive und innovative Unternehmen kämpfen aufgrund der Krise mit existenzbedrohenden Absatz- und Finanzierungsproblemen. Öffentliche Hilfen an solche Unternehmen sind im Interesse der Sicherung von Arbeitsplätzen sinnvoll. Allerdings muss jeder Euro Steuergeld, der zugunsten eines privaten Unternehmens fließt, zu öffentlichen Eigentumsrechten oder kollektiven Belegschaftsanteilen in gleicher Höhe führen. Verstaatlichungen dürfen kein Tabu sein. Betriebsbedingte Kündigungen sowie Lohnsenkungen sind verbindlich auszuschließen. Standorte als auch Tarifbindung sowie die Ausweitung von Mitbestimmungsrechten sind zu sichern.
- Für die zukunftsfähige, sozial-ökologische Entwicklung industrieller Arbeitsplätze wird ein Zukunftsfonds von 100 Milliarden Euro eingerichtet. Er unterstützt Unternehmen bei der Umstellung der Produktion auf energie- und rohstoffeffiziente Verfahren und Qualitätsprodukte. Die Gelder werden nur als Beteiligungen, verbunden mit einer Ausweitung der Mitbestimmungsrechte der Belegschaften und Gewerkschaften auf die Geschäftspolitik, vergeben. Die demokratische Kontrolle über die Beteiligungen erfolgt durch Gremien aus Vertretern der öffentlichen Hand, Betriebsräten und Gewerkschaften sowie Umwelt- und Sozialverbänden, Handels- und Handwerkskammern sowie Sparkassen.
- Öffentliche Eigentumsrechte sind zu nutzen, um die Kriterien der Unternehmensführung zu verändern: Die heutige Renditefixierung, die ausschließlich den Eigentümern bzw. Aktionären nützt, muss abgelöst werden durch ein Wirtschaften, das den Unternehmenserfolg am langfristigen Wachstum sowie an den Interessen von Beschäftigten und Allgemeinheit misst.
- Notwendig dafür sind verstärkte Mitspracherechte der Belegschaften. In allen Betrieben ab

500 Beschäftigten ist die paritätische Mitbestimmung einzuführen. Es ist ein Aufsichtsrat zu bilden, der sich zu gleichen Teilen aus Vertreterinnen und Vertretern der Anteilseigner und der Beschäftigten zusammensetzt ohne ein Doppelstimmrecht. Wesentliche Entscheidungen des Unternehmens bedürfen zwingend der Zustimmung dieses Aufsichtsrates. Bei Entscheidungen von erheblicher Bedeutung für die Belegschaft ist vor der Aufsichtsratsentscheidung eine Belegschaftsabstimmung durchzuführen. Betriebs- und Personalräte erhalten erzwingbare Mitbestimmungsrechte bei Beschäftigungssicherung, Interessensausgleich und wirtschaftlichen Angelegenheiten.

- Wichtig ist schließlich eine Vergütung der Führungskräfte, die nicht an die Erfüllung kurzfristiger Renditeziele, sondern an die Lohn- und Beschäftigungsentwicklung im Unternehmen sowie die ökologische Nachhaltigkeit der Produkte gekoppelt ist. Aktienoptionen als Vergütungsbestandteil sind zu verbieten.
- DIE LINKE will die Verkürzung der Arbeitszeit. Arbeitslosigkeit soll durch eine gerechtere Verteilung der Arbeit vermindert, Familie und Beruf für Männer wie Frauen besser vereinbar werden. Durch die Reform des Arbeitszeitgesetzes soll die höchstzulässige durchschnittliche Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden begrenzt werden. Perspektivisch streben wir eine Obergrenze von 35 Stunden, ja letztlich 30 Stunden an. Dabei muss der volle Lohnausgleich gesichert werden. Mithilfe von rechtlich erzwingbaren Personal- und Stellenplänen sollen Betriebs- und Personalräte sicherstellen, dass die Verkürzung der Wochenarbeitszeit zu deutlich mehr Beschäftigung führt und der Leistungsdruck verringert wird.

4. Banken vergesellschaften statt Spekulation finanzieren

- Die privaten Banken sind für die Spekulationen der letzten Jahre und die entstandenden Milliardenverluste wesentlich verantwortlich. Sie sind heute faktisch insolvent und daher ohne Entschädigung der Aktionäre zu verstaatlichen.
- Durch strikte Regulierung ist zu gewährleisten, dass der Bankensektor in Zukunft wieder seinen öffentlichen Auftrag erfüllt: die

zinsgünstige Finanzierung wirtschaftlich sinnvoller Investitionen, die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen und die Bereitstellung eines kostenlosen Girokontos für jedermann. Das in den letzten Jahren explosiv angewachsene Investmentbanking ist abzuwickeln, der Eigenhandel mit Wertpapieren und die Spekulation in Derivaten sind Banken zu verbieten, ebenso jegliche Geschäfte außerhalb der eigenen Bilanz und Geschäfte mit Unternehmen oder Personen, die rechtlich in Steuer- und Aufsichtsoasen registriert sind. Das Bankgeschäft ist auf das Einlagen- und Kreditgeschäft zurückzuführen und muss Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge werden.

- Die staatliche Förderung der privaten Altersvorsorge hat zur Aufblähung der Finanzsphäre wesentlich beigetragen. Sie ist sofort zu beenden und durch Wiederherstellung einer paritätisch finanzierten, armutsfesten gesetzlichen Rente überflüssig zu machen.
- Spekulative Investmentvehikeln wie Hedge Fonds und Private Equity Gesellschaften ist die Geschäftstätigkeit in der Bundesrepublik zu verbieten. Sämtliche Finanztransaktionen wie Börsenumsätze, außerbörslicher Handel oder Devisengeschäfte sind am Finanzplatz Deutschland mit einer Steuer zu belegen, um Spekulation unattraktiv zu machen. Leerverkäufe sind zu verbieten.

5. Enteignung der Menschen stoppen

- Über eine halbe Billion Euro an Löhnen wurde den Beschäftigten in den letzten zehn Jahren vorenthalten. Noch einmal soviel hat der Staat den Unternehmern und Reichen durch Steuersenkungen geschenkt. Zusammen entspricht das einer Enteignung der großen Mehrheit der Menschen um eine Billion Euro! Diese Umverteilung von unten nach oben muss endlich gestoppt und umgekehrt werden.
- Der Hungerlohn- und Niedriglohnsektor muss trockengelegt werden. Entscheidend hierfür ist die Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes von 8 Euro sofort, der in schnellen Schritten auf 10 Euro steigt. Bei einem wie in Frankreich üblichen Mindestlohn von 8,71 Euro stünden den betroffenen Beschäftigten zusätzliche 13 Milliarden Euro zur Verfügung. Darüber

hinaus müssen Mini-Jobs, Befristungen und Leiharbeit zurückgedrängt und beseitigt werden. Gerade wegen der Wirtschaftskrise sind zudem deutliche Steigerungen der Tarifeinkommen notwendig. Hierzu müssen die gesetzlichen Rahmenbedingungen für gewerkschaftliches Handeln verbessert werden.

- DIE LINKE fordert die Anhebung des Arbeitslosengeldes II auf 500 Euro sowie die Anhebung der Regelsätze der Sozialhilfe für Asylbewerberinnen und -bewerber. Korrespondierend dazu streben wir einen Mindestlohn an, der in schnellen Schritten auf 10 Euro steigt. Die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I muss deutlich verlängert werden.

- DIE LINKE fordert die Wiederherstellung der alten Rentenformel und die Lebensstandardsicherung durch die gesetzliche Rente sowie Maßnahmen zur Vermeidung von Altersarmut. Die Rentnerinnen und Rentner müssen eine sofortige Nachzahlung in Höhe von drei Prozent erhalten.

Allein diese drei Maßnahmen würden die Nachfrage auf dem deutschen Binnenmarkt um etwa 30 Milliarden Euro erhöhen und damit der Krisendynamik entgegenwirken.

Für DIE LINKE gilt: Hartz IV muss weg. Wir fordern eine bedarfsorientierte repressionsfreie Mindestsicherung. Sie muss für die Gesamtdauer der Suche nach einer qualifikationsgerechten und tariflich bezahlten Arbeit ein menschenwürdiges Leben sichern.

Massenproteste und Demonstrationen

Mit dem Antikrisenprogramm der LINKEN können die Belastungen der Krise abgewendet werden. Und die Sicherung und Schaffung neuer Arbeitsplätze wird möglich.

Aber kluge Ratschläge und schlüssige Forderungen allein richten wenig aus. Aufmerksamkeit und Einfluss gewinnen wir nachhaltig erst mit Massenprotesten und Demonstrationen. Der weitere Verlauf der Krise entscheidet sich auf der Straße. Die LINKE wird daher in Bündnissen mit sozialen Bewegungen und Gewerkschaften massiv alle Proteste und Widerstandsaktionen vorantreiben sowie begleiten. Dies ist ein Schwerpunkt unserer Arbeit.